

SPE

EUROPÄISCHE
SOZIALDEMOKRATIE

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS
LISSABON, 7-8 DEZEMBER 2018**

GERECHT

FREI

NACHHALTIG

**Unser progressives
Europa**

AUFLÖSUNGEN



 www.pes.eu
 www.facebook.com/PES.PSE
 www.twitter.com/PES_PSE

#ProgressiveEurope

GERECHTE GESELLSCHAFTEN:

Für eine gerechte und progressive Asyl - und Migrationspolitik für alle Beteiligten

Migration stellt sowohl eine Chance als auch eine Herausforderung für die Europäische Union dar. Chancen können jedoch nur dann wirksam genutzt und Herausforderungen können nur dann angemessen bewältigt werden, wenn die Europäische Union einen gemeinsamen Ansatz verfolgt. Die Grundursachen, die Menschen dazu zwingen, ihre Länder zu verlassen, müssen bekämpft werden, wirksame legale Wege müssen eingerichtet und irreguläre Migration muss adressiert werden. Der Kampf gegen Menschenschmuggel sollte verstärkt werden. Wir müssen die Bemühungen und Investitionen für die Integration der Flüchtlinge und anderen Migranten, die ein Bleiberecht haben, intensivieren. Migration ist eine globale Frage, die einen multilateralen und mehrstufigen Ansatz erfordert. Wir müssen eine positive Sicht auf Migration fördern.

Die SPE steht dafür ein, Migration zu regeln und **aus ungeordneter Migration geordnete Migration zu machen**.

Nur wenige Themen spalten heutzutage so sehr wie das Thema Migration. Aber wenn Migration richtig gesteuert wird, kann sie für alle funktionieren. Als Sozialisten und Demokraten fördern wir eine progressive Politik im Bereich Asyl und Migration, die Menschenleben, Menschenrechte und diejenigen schützt, die vor Gewalt oder unerträglichen Lebensverhältnissen fliehen. Wir gehen die Grundursachen an, die Menschen dazu bewegen, ihre Heimatländer zu verlassen, wie zum Beispiel Menschenrechtsverletzungen, Ungleichheit, Armut, fehlende Zukunftsperspektiven, Konflikte und Klimawandel. Wir unterstützen Wege der legalen und geordneten Migration, wir gehen gegen irreguläre Migration vor und fördern nachdrücklich eine effektive Integrationspolitik. Unilateralismus und Hetzreden führen nicht zu einem angemessenen Migrationsmanagement. Die SPE steht für eine gemeinsame Reaktion auf eine gemeinsame Chance und Herausforderung. Daher müssen wir bei der Steuerung der Migration unsere

zentralen Werte umsetzen. Die Art, wie wir damit umgehen, wirkt sich einerseits auf das Recht der Menschen, sich frei zu bewegen und ein würdiges Leben zu führen, und andererseits auf Stabilität, Sicherheit und Zusammenhalt der Aufnahmegemeinschaften aus. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass eine **Migrations - und Integrationspolitik zuallererst auf Menschlichkeit und Solidarität mit Flüchtlingen, anderen Migranten und Aufnahmegemeinschaften gründet**.

Migration ist Teil unserer Geschichte und kann ein wichtiger Motor für Innovation sein; sie ist jedoch vermehrt das Ergebnis von **politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten auf globaler Ebene**. Der Klimawandel erhöht das Ausmaß der Ungleichheiten. Ungleiche Entwicklung in den Regionen der Welt, wachsende ungleiche Wohlstandsverteilung, Konflikte, Verfolgung, massive Menschenrechtsverletzungen, Klimawandel, der demographische Wandel und mangelnde Zukunftsperspektiven veranlassen Menschen, ihre Heimat zu verlassen, um woanders ein neues Leben zu beginnen. Letzteres ist auch ein Hauptgrund für die Abwanderung von Fachkräften und Arbeitnehmern aus Nordafrika oder den westlichen Balkanstaaten.

Die Anzahl der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Vertriebenen hat laut dem UNHCR 65 Millionen überschritten. Die große Mehrheit der Menschen wandert nicht in die Europäische Union ab. Es migrieren mehr Menschen innerhalb Afrikas als nach Europa. Über 80 % der weltweiten Flüchtlinge sind in der Nähe ihrer Heimatländer in Regionen mit geringem Einkommen und Wachstum untergebracht. Wir unterstützen diese Länder gemeinsam, um zu gewährleisten, dass Flüchtlinge unter sicheren, menschlichen und würdigen Bedingungen leben können. Migration hat vielfache Dimensionen – globale, nationale und lokale – **Migration und Entwicklung müssen als miteinander verbundene Variablen**

behandelt werden, und das Verhältnis zwischen ihnen muss aus einer multidimensionalen Perspektive heraus gesehen werden, die wirtschaftliche, politische, soziale, umweltbezogene, kulturelle, ethnische, geschlechtsspezifische, geographische und demographische Faktoren berücksichtigt.

Die Anzahl von Asylsuchenden, anderen Migranten und irregulären Migranten, die in der EU angekommen sind, fiel im Jahr 2015 außerordentlich hoch aus. Mehr als eine Million Flüchtlinge und andere Migranten sind 2015 in die EU gekommen, und ihre Anzahl blieb auch in den Jahren 2016 und 2017 hoch. Nur ein paar wenige Länder hatten fortwährend mit der größten Anzahl von Menschen zu tun, die angekommen sind und sich niedergelassen haben. Die Mitgliedstaaten Italien, Griechenland und Spanien haben zusammen mit Deutschland, Österreich und Schweden bei weitem den größten Teil der Verantwortung übernommen, während sich andere Länder geweigert haben, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Spanien ist vor kurzem das Hauptziel der Migrantenwege in die EU geworden. Diese Situation hat in der EU zu Auseinandersetzungen darüber geführt, wie bei der Umsiedlung von Neuankömmlingen am besten vorzugehen ist. Dies kann in einem demokratischen Europa nicht hingenommen werden, und die SPE-Familie fordert gleiche Verantwortlichkeiten hinsichtlich Richtlinien für die Aufnahme von Flüchtlingen in allen EU-Ländern und der Achtung internationaler- und EU-Vereinbarungen und Gesetzgebung. Wir sprechen uns gegen die Kriminalisierung humanitärer Hilfe für Migranten und Flüchtlinge aus. 2018 war die Anzahl der Menschen, die in die Europäische Union einwandern wollten, deutlich niedriger als 2015. Wir müssen jedoch anerkennen, dass die Migration weltweit zunimmt und die Europäische Union ein Teil dieser Entwicklung ist.

Unsere Richtlinien orientieren sich an **internationalen Menschenrechtsvorschriften und -normen**. Die SPE steht entschlossen für das Recht auf Asyl ein. Menschen in Not verdienen unsere Hilfe. Das entsprechende System muss jedoch eindeutig verbessert werden. Wir schlagen daher vor, weiter als den aktuellen Reformprozess unter der Federführung der Kommission zu gehen, und eine gemeinschaftliche Asylagentur einzurichten, die das Asylrecht garantieren würde.

Aus ungeordneter Migration soll geordnete Migration werden

Momentan haben Migranten, bei denen es sich nicht um Flüchtlinge oder Asylsuchende handelt, nur sehr wenige legale Möglichkeiten, sich in der EU niederzulassen. Das bedeutet, dass viele Migranten, die heutzutage in der EU ankommen, Asyl beantragen, weil sie dies als ihre einzige Chance betrachten. Dies umfasst auch Menschen ohne einen ausreichend fundierten, echten Anspruch, der die strengen Kriterien des Flüchtlingsstatus erfüllt, oder ohne ein individuelles Recht auf Asyl. Dies führt zu einem überlasteten System mit übermäßig langen Asylverfahren.

Aufgrund mangelnder legaler Migrationswege wenden sich die Leute an Menschenschmuggler. Verzweifelte Menschen zahlen für ihren Weg in die EU jeweils Tausende Euro an Personen, die aus menschlichem Elend und menschlichen Tragödien Kapital schlagen wollen. Menschenschmuggler schicken Migranten in nicht seetüchtigen Booten ohne Lebensmittel oder Schutz über das Mittelmeer und setzen sie dadurch lebensgefährlichen Risiken und Gewalt aus. Irreguläre Migration muss verhindert werden. Es ist für die betroffenen Menschen oft lebensgefährlich, und es ist auch unfair gegenüber den Aufnahmegemeinschaften. Daher steht die SPE dafür ein, **aus ungeordneter Migration geordnete Migration zu machen**.

Schaffung effektiver legaler Migrationswege, Kampf gegen Menschenschmuggel und irreguläre Migration

Wir müssen **effektivere Wege für legale und gesteuerte Migration schaffen**, damit die betroffenen Menschen geschützt werden können, wie zum Beispiel Visa aus humanitären Gründen, Umsiedlung, Möglichkeiten zur zirkulären Migration, Studentenvisa und Visa zur saisonalen Beschäftigung. Wir brauchen außerdem eine Immigrationspolitik, die demographische und globale Arbeitsmarktrealitäten und Entwicklungsherausforderungen und -chancen reflektiert und die Familien und Partner wieder vereint. Dies wird

Asylverfahren verkürzen und **gefährlose, geordnete und reguläre Migration an unseren Grenzen ermöglichen und dabei die Sicherheit gewährleisten**. Durch die Einrichtung legaler Wege werden sich weniger Migranten an Menschenschmuggler wenden, um an unsere Küsten zu gelangen. In diesem Sinne sollten wir unsere gemeinsamen Bemühungen zur Verhinderung und Bekämpfung von Menschenschmuggel verstärken und dieses Geschäftsmodell eliminieren. Dennoch müssen Menschen, die nicht zu einem Aufenthalt in der EU berechtigt sind, in ihr Herkunftsland zurückkehren, damit die Funktionsfähigkeit und Rechtmäßigkeit der Asyl- und Migrationsrichtlinien der EU gewährleistet wird. Wir glauben an eine **menschliche und würdige Rückführungspolitik**, die den Grundsatz der Nichtzurückweisung gemäß den Anforderungen der Grundrechte respektiert. Gewahrsamszentren für Migranten und Asylsuchende sollten als letztes Mittel gesehen und nur unter genau definierten Voraussetzungen eingesetzt werden. Die EU benötigt einen ganzheitlichen Ansatz zur Senkung der Anreize für irreguläre Migration und zur Gewährleistung eines gut funktionierenden Asyl- und Migrationssystems. Eine solche Politik sollte in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern ausgearbeitet und umgesetzt werden. Daher darf eine Zusammenarbeit mit Herkunftsländern zur Rückführung abgelehnter Asylsuchender nur mit Staaten stattfinden, die in der Praxis vollständig mit den internationalen Menschenrechtsnormen übereinstimmen.

Reformierung des Dublin-Systems – Solidarität erforderlich

Asylsuchende und andere Migranten, die in der Europäischen Union eintreffen, sind allzu oft mit inakzeptablen Bedingungen in Empfangszentren in den Mitgliedstaaten konfrontiert. Die Bedingungen sind für Frauen, Kinder, Senioren und Mitglieder der LGBTIQ-Gemeinschaft sogar noch schlimmer. Das aktuelle Gemeinsame Europäische Asylsystem (CEAS) funktioniert nicht effektiv. **Eine Reform des CEAS** ist ein erster wichtiger Schritt zu einer effektiven, harmonisierten, verhältnismäßigen und progressiven europäischen Asylpolitik auf der Grundlage von Solidarität, gleichmäßiger Aufteilung von Verantwortlichkeiten und Achtung der grundlegenden Menschenrechte. Wir möchten alle Mitgliedstaaten daher dringend auffordern, die notwendigen Änderungen umzusetzen, damit wir unsere gemeinsamen Ziele erreichen können. Nach der Dublin-Verordnung, in der festgelegt wird, welcher EU-Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist, muss der Staat, in dem ein Migrant zuerst eintrifft, den Asylantrag bearbeiten. Dies führt zu einem inakzeptablen Druck auf die an den Grenzen der EU liegenden Länder. **Eine grundlegende Überarbeitung der Dublin-Bestimmungen ist erforderlich. Die Überarbeitung sollte ein System ergeben, in**

dem ein Asylanspruch eine wahrhaft europäische Dimension hat.

Wir fordern sämtliche Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen dazu auf, sich für die Reformierung des rechtlichen Rahmens zu engagieren und diejenigen Mitgliedstaaten wirksam zu unterstützen, die mit der höchsten Anzahl an Flüchtlingen und anderen Migranten konfrontiert sind. Dazu gehören verstärkte Bemühungen zur **Umsetzung der Neu- und Umsiedlungsvorhaben**. Diese Vorhaben reflektieren die europäischen Grundwerte von Solidarität und Verantwortung; somit muss jeder Mitgliedstaat seinen Teil der gemeinsamen Herausforderung erfüllen oder mit finanziellen Sanktionen rechnen. Die Rettung von Menschen in Seenot ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine Verpflichtung nach internationalem Recht für alle Schiffe im Rahmen des UN-Seerechtsübereinkommens. Wir fordern gemeinsame und ergänzende Maßnahmen, darunter die Gewährung von Visa aus humanitären Gründen und eine rechtsverbindliche Vereinbarung zwischen den Mitgliedstaaten für die Ausschiffung von Menschen, die in Such- und Rettungsoperationen zwischen den Mitgliedstaaten gerettet werden. Wenn ein Boot in Tarifa, Lampedusa, Malta oder Lesbos ankommt, ist dies nicht eine Ankunft in einem Land, sondern eine Ankunft in der Europäischen Union. Die SPE steht für eine **gemeinsame, verhältnismäßige und regionale EU-Verantwortung** ein. Die EU muss ein nachhaltiges Asylsystem auf der Grundlage anteiliger Verantwortung für den Empfang von Asylsuchenden haben. Ein Mitglied der Europäischen Union zu sein bedeutet, Rechte und Pflichten zu haben. Daher muss es wirtschaftliche Folgen für Länder geben, die ihren Teil der Verantwortung nicht erfüllen. Ein nachhaltiges Migrationssystem auf der Grundlage gemeinsamer Verantwortung wird der ganzen EU zugutekommen.

Verwaltung unserer Außengrenzen - eine gemeinsame Aufgabe

Gemeinsame Verantwortung ist auch für die Verwaltung **unserer Außengrenzen** entscheidend. Wir müssen unsere gemeinsamen Außengrenzen gemäß internationalem Recht und den allgemeingültigen Menschenrechtsnormen gemeinsam verwalten, um die Freizügigkeit innerhalb der EU zu gewährleisten und dabei die **Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und der Neuankömmlinge gleichermaßen** zu garantieren, den Menschenschmuggel zu bekämpfen und Todesfälle zu verhindern. Daher unterstützt die SPE die Erweiterung der Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Die gemeinsame Verwaltung der Außengrenzen der Union allein wird jedoch ohne eine umfassende europäische Migrations- und Außenpolitik zur Bekämpfung der Ursachen von Migrationsbewegungen weder ausreichend noch nachhaltig sein.

Bekämpfung der Grundursachen von Migration und Investition in Zukunftsperspektiven: Partnerschaften für Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit, Arbeitsplätze und Frauenförderung.

Wir müssen gerechte Lösungen finden, mit der immer höhere globale Ungleichheiten bekämpft, Frieden und Sicherheit gewahrt und sozialer und wirtschaftlicher Wohlstand und Gleichstellung der Geschlechter für alle gefördert werden können.

Die SPE bekennt sich zur Solidarität innerhalb der Europäischen Union und auf globaler Ebene. Gemeinsam mit der UN verpflichten wir uns gegenüber allen Ländern und allen Teilen der Gesellschaft zu einer umfassenden multilateralen Vereinbarung über Asyl und Migration, um ein Ergebnis zu gewährleisten, das allen zugutekommt. Migrationspartnerschaften sollten nur mit Ländern eingegangen werden, die sich an die UN-Flüchtlingskonvention halten.

Die Eliminierung der Grundursachen für Migration ist zur Bewältigung des Problems und zur Schaffung einer gerechten und regulierten Migrationspolitik innerhalb der EU notwendig. Die SPE ist davon überzeugt, dass die Motivationen für Migration nur durch faire, gleichberechtigte und starke **Entwicklungspartnerschaften mit globalen Kompetenzen** mit Herkunfts- und Transitländern angegangen werden können. Zusammen können wir **gemeinsame Herausforderungen** wie zum Beispiel Unsicherheit, Armut, Ungleichheit der Geschlechter, Korruption und Klimawandel bekämpfen und **von gemeinsamen Chancen profitieren**. Ein Schwerpunkt sollte auf die Erweiterung des Verhältnisses zwischen der EU und Afrika als gleichberechtigte Partner gelegt werden; dabei sollten wirtschaftliche Möglichkeiten, Sicherheit und Stabilität des Kontinents gefördert werden. Zur Bekämpfung von Ungleichheit muss die Migrationspolitik mit einer fairen Außenpolitik und mit einer fairen Handels- und Steuerpolitik einhergehen. Als die SPE konzentrieren wir uns auf Handel, nicht nur auf Hilfe, auf Investition, nicht nur auf Unterstützung, und auf die Begründung von Richtlinien für „Klimaflüchtlinge“ sowie für die Bekämpfung des Klimawandels. Mehr Länder und Regionen der Welt müssen von Demokratie, Menschenrechten, Frauenrechten und Stabilität geprägt sein. Nur durch die Förderung von nachhalti-

gem Frieden über unsere Grenzen hinweg werden wir unsere eigene Sicherheit gewährleisten können.

Schutz der Rechte von Kindern, Frauen und Mitgliedern der LGBTI-Gemeinschaft

Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung zwischen allen Regierungsebenen, von der lokalen zur regionalen zur nationalen zur europäischen und globalen Ebene, ist zur Gewährleistung der Sicherheit und des Schutzes von Asylsuchenden und Migranten von entscheidender Bedeutung. In den letzten Jahren wurden über 10.000 Migranten- und Flüchtlingskinder in Europa als vermisst gemeldet. Frauen und Mitglieder der LGBTIQ-Gemeinschaft wurden Opfer von Gewalt und Vergewaltigung. Wir fordern, dass sich die EU hauptsächlich auf die Notwendigkeit der **Erhöhung der Sicherheit der schwächsten Gruppen unter den Migranten konzentriert, zum Beispiel Kinder, Frauen und Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LGBTI)**, einschließlich Opfern von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und aller Arten von geschlechtsbezogener Gewalt wie weibliche Genitalverstümmelung oder Kinder-, Früh- oder Zwangsehen. Wir müssen allen Kindern, die ihre Heimat verlassen mussten, Schutz, Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildung und Unterstützung zur Verfügung stellen. Dazu gehört auch, ihre Grundrechte zu respektieren, im besten Interesse dieser Kinder zu handeln, die Familienzusammenführung zu fördern und Neu- und Umsiedlungsverfahren zu verbessern. Es sollte ein besonderer Schwerpunkt auf das Wohlergehen von Kindern gelegt werden, die in Aufnahmezentren festgehalten worden sind. Kinder sollten niemals interniert oder von ihren Familien getrennt werden.

Alle gefährdeten Migrantengruppen wie Kinder, Frauen und Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LGBTI) müssen vor jeder Art von Gewalt geschützt werden, insbesondere sexueller Belästigung und Vergewaltigung, in den Empfangszentren und an anderen öffentlichen Orten. Opfer von Gewalt, psychologischem Trauma, sexuellen Übergriffen und Vergewaltigung sollten Zugang zum Betreuungssystem des Mitgliedstaats haben, das mit diesen Problemen umgeht. Darüber hinaus sollten Fachkräfte für die Bekämpfung von Gewalt und die

Unterstützung der Opfer in den Empfangszentren verfügbar sein. Der Aufenthaltsstatus von Frauen muss von dem ihrer Männer unabhängig sein, da dies den Frauen ermöglichen würde, vollen Zugriff auf alle Integrationsmaßnahmen zu haben – gegebenenfalls mit einem Kinderbetreuungsangebot – wie zum Beispiel Sprachkurse, damit diese Frauen sich mitteilen und Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten können.

Der Wettlauf nach unten muss aufgehalten werden – Kampf für die Rechte alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gegen illegale Beschäftigung, Ausbeutung und Sozialdumping

Eine gut organisierte, reguläre, geordnete und faire Migration kann potentiell die Wirtschaft stärken, neue Arbeitsplätze schaffen und zur Wahrung unseres Wohlfahrtssystems beitragen. Durch Migration und Integration entstehen natürlich auch Kosten. Erstens entstehen Kosten in vielen Herkunftsländern, denen eine große Anzahl junger Leute bzw. Fachkräfte und Mitarbeiter fehlt. Dies führt zu erheblichen Mängeln im Bereich grundlegender öffentlicher Dienstleistungen. Zweitens werden diese Migrationskosten in Europa nicht gerecht verteilt. Sie konzentrieren sich häufig in bestimmten Segmenten des Arbeitsmarkts und in einkommensschwachen Gegenden. Die Neuankömmlinge finden meist eine Unterkunft in einkommensschwachen Gegenden und haben eine geringfügig entlohnte Beschäftigung. Frauen landen allzu oft am Ende der Schlange und in der informellen Wirtschaft. Wir müssen dafür sorgen, dass die Vorteile regulärer Migration den Menschen zugutekommen, welche die anfänglichen Kosten tragen. Die demographischen Trends, der wachsende Druck auf das EU-Gesundheitswesen und der Fachkräftemangel stellen eine Herausforderung für unsere Gesellschaften dar. Eine gut geführte Arbeitsmigration kann bei der Wahrung des europäischen Sozialhilfesystems und der Wettbewerbsfähigkeit der EU von Nutzen sein.

Irreguläre Migranten werden häufig ausgebeutet und illegal beschäftigt. Skrupellose Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nutzen illegale Migration allzu häufig aus, um Druck auf nationale Löhne und Arbeitsbedingungen auszuüben. **Die SPE kämpft für die Rechte alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gegen illegale Beschäftigung, Ausbeutung und Sozialdumping.** Migranten und einheimische Arbeitnehmer dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, da sie tatsächlich auf derselben Seite stehen. Wir stehen für Inklusion und einen **engen Bund zwischen einheimischen Arbeitnehmern und Migranten.** Wir müssen zusammenarbeiten, um die Wirtschaft zu stärken, die soziale Sicherheit zu erhöhen und Nichtdiskriminierung zu gewährleisten, und dabei Maßnahmen ergreifen, die gleiche Bezahlung und gleiche soziale Absicherung für gleiche Arbeit sicherstellen. Unglei-

chheit ist das Grundproblem. Die Gewinnanteile unserer Wirtschaft müssen gleichmäßiger auf viele, nicht auf wenige, verteilt werden. **Fortschritt muss allen zugutekommen,** damit wir gerechtere Gesellschaften schaffen können, mit Zugang zu menschenwürdiger Unterbringung, medizinischer Versorgung und Schulen für alle Bürgerinnen und Bürger, Einheimische wie Neuankömmlinge.

Investition in Integration, Investition in lokale Gemeinschaften

Erfolgreiche Integration kann unsere Gesellschaften wohlhabender machen. Ausbildung und ein Arbeitsplatz sind die Voraussetzungen, um ein Teil der Gesellschaft zu werden. **Wir fördern gegenseitiges Engagement von Aufnahmegemeinschaften und Migranten bezüglich ihrer gegenseitigen Rechte und Pflichten.** Wir sollten „Silo“-Gesellschaften vermeiden und lebendige Gemeinschaften fördern, in denen sich die Menschen treffen und miteinander umgehen, zur Schule gehen und gemeinsam arbeiten. **Lokal- und Regionalbehörden, Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften spielen bei der erfolgreichen Integration eine zentrale Rolle und müssen unterstützt werden.** Zugang zu EU-Mitteln spielt bei der Integration von Menschen und bei der Stärkung der Belastbarkeit der Aufnahmegemeinschaft eine wichtige Rolle. Wir schlagen einen Europäischen Integrationsfonds vor, für den Lokalbehörden unmittelbar einen Antrag stellen können und der sowohl den Aufnahme- als auch den Flüchtlingsgemeinschaften zugutekommen würde. Wir bestehen darauf, dass die EU zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt und eine Politik umsetzt, die Neuankömmlinge in die Lage versetzt, ihr Potential als gleichberechtigte Teilnehmer an unseren Gemeinschaften auszuschöpfen und die Belastbarkeit der Aufnahmegemeinschaften zu fördern. Wir fordern Lokalbehörden und Gemeinschaften dazu auf, sich zusammenzutun und eine fortschrittliche Zusammenarbeit zur Integration zu begründen.

Wir müssen bei der Steuerung der Migration an unseren Werten festhalten. Europa blüht auf, wenn wir zusammenarbeiten, und zwar auf den **Prinzipien der Solidarität, des Respekts, der gegenseitigen Verantwortung, der Gleichstellung der Geschlechter und des Humanismus.**

Als die Sozialdemokratische Partei Europas kämpfen wir für gerechte Gesellschaften. Wir haben in diesem Beschluss insbesondere unsere Prioritäten für eine progressive europäische Asyl- und Migrationspolitik herausgestellt. Er geht Hand in Hand mit sieben anderen Beschlüssen für diesen SPE-Kongress, die unser Engagement und unseren Plan für eine progressive Wirtschaft, die Befähigung der Jugend zur Mitwirkung, eine gesunde Umwelt und moderne Industrien, eine echte Gleichstellung der Geschlechter, eine faire Welt und die Stärkung der Demokratie in Europa bekräftigen.



Austria SPÖ



Belgium PS



Belgium SPA



Bulgaria BSP



Croatia SDP



Cyprus EDEK



Czech Republic
CSSD



Denmark SD



Estonia SDE



Finland SDP



France PS



Germany SPD



Greece PASOK



Hungary MSZP



Ireland Labour



Italy PD
Partito Democratico



Italy PSI
Partito Socialista



Latvia Saskaņa



Lithuania LSDP



Luxembourg
LSAP



Malta Labour



Netherlands
PvdA



N.Ireland SDLP



Norway LP



Poland UNIA
PRACY



Poland SLD



Portugal PS



Romania PSD



Slovakia SMER



Slovenia SD



Spain PSOE



Sweden SAP



UK Labour

If you have any questions or comments about our work on inequalities,
please contact PES.Women@pes.eu

Follow us on www.facebook.com/pes.pse
and www.twitter.com/pes_pse.

Party of European Socialists (PES)

**10 – 12 Rue Guimard
1040 Brussels
Belgium**

**T +32 2 548 90 80
info@pes.eu
AISBL-BBCE-N 0897.208-032**

This publication received financial support of the European Parliament. Sole liability rests with the author and the European Parliament is not responsible for any use that may be made of the information contained therein. This Brochure was printed on a recycled paper with environmental safe water based inks.

December 2018